

Nicht einmal bedingt abwehrbereit

Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und notwendigen Reformen

Dietmar Paun

Im sicherheitspolitischen Teil der Landesbereichsversammlung VI Bayern stellten die Autoren Josef Kraus und Richard Drexl ihr Buch mit dem obenstehenden Titel vor. Höchst informativ nahmen die Referenten kein Blatt vor den Mund. Ihre konstruktive Kritik und daraus abgeleitete Folgerungen ergaben reichlich Diskussionsstoff.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert befinden sich nennenswerte Teile der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Nicht dem Technischen Hilfswerk (THW) ähnlich, sondern im bewaffneten Einsatz. Deutschland konnte sich nicht länger verweigern und auf eine deutsche Sonder- und Hypermoral berufen. Für unsere Partner in der NATO und der Europäischen Union wären das ohnehin nur Ausreden gewesen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die „Ruinierung“ der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands: Wenn in den letzten Jahren zeitweise keines der sechs U-Boote der 212A-Klasse einsatzbereit war; wenn beim ADAC tausende Flugstunden angemietet werden mussten, um Fluglizenzen zu erhalten; wenn von den 128 Eurofightern kaum mehr als vier ohne jede Einschränkung einsatzfähig waren; wenn von 68 Hubschraubern des Typs Tiger nur 12 voll einsatzfähig waren; wenn von den Transporthubschraubern NH90 nur 13 von 58, vom (neuen!) Transportflieger A400M gerade mal drei von 15, von den Fregatten fünf von 13 und von den Leopard II-Panzern 105 von 244 „einsetzbar“ waren; wenn die Flugbereitschaft es wiederholt nicht schaffte, Bundespräsident oder Kanzlerin rechtzeitig ans Ziel zu bringen ... Ja, dann ist dies zwar ein akutes Problem, doch liegen die Ursachen dafür teils Jahre zurück.

Bundeswehr kaputtgespart

Es ist nicht alles von der ehemaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verursacht, was die Bundeswehr heute quält. Bei aller berechtigten Kritik führt nichts an der Feststellung vorbei, dass für die mangelhafte Einsatzbereitschaft der Waffensysteme im Wesentlichen frühere Regierungen die Verantwortung tragen. Seit Jahren wurden beispielsweise nicht ausreichend Ersatzteile beschafft und Instandsetzungsverträge abgeschlossen. Verfügbare Haushaltsmittel

Fotos: GSP LV VI



Die Referenten und Autoren Richard Drexl (l.) und Josef Kraus

wurden auf die weltweite Krisenbewältigung und Terrorismusbekämpfung konzentriert. Bundeswehr im Auslandseinsatz lautete die Devise. Gerät wurde nicht mehr betriebsbereit gehalten oder stillgelegt.

Auch die Personalprobleme der Bundeswehr sind unübersehbar. Der Übergang von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee ist nicht gelungen. Mit Stand Anfang 2020 waren ca. 20.000 Stellen nicht besetzt. Zudem soll die Bundeswehr von 180.000 Soldaten bis 2025 auf 203.000 Soldaten anwachsen. Ob in Zeiten einer prosperierenden Wirtschaft und erheblicher Nachwuchssorgen allerorten ausreichend geeignetes Personal gefunden werden kann, ist fraglich. Was die Corona-Pandemie diesbezüglich für Auswirkungen zeigen wird, bleibt abzuwarten. Diese Gesellschaft muss sich entscheiden, ob sie eine Armee braucht oder nicht braucht. Wenn wir sie wollen, weil wir sie brauchen, muss sie ordentlich organisiert, ausgestattet und geführt werden – aber vor

allem: Sie muss als Institution quer durch Staat, Gesellschaft und Politik Wertschätzung erfahren. „Schafft sie doch ganz ab!“ Diese Parole wäre bei einem fiktiven Volksentscheid möglicherweise nicht mal in der Minderzahl. Die Politik weiß darum, wendet sich dennoch kaum gegen vorhandene antimilitärische Ressentiments. Populismus pur ist, gegen besseres Wissen den Dingen ihren Lauf zu lassen, statt sich für die Wertschätzung der Soldaten und die Verteidigungsfähigkeit des Landes vehement einzusetzen

Weltfremde „Nie-wieder-Einstellung“

Wie konnte in unserem Land eine derart weltfremde Entwicklung um sich greifen, was hat zu dieser Entfremdung von bzw. bei fast allen Partnern in EU und NATO geführt? Deutschland ist ein friedliches Land, seit 1990 nur noch „von Freunden umgeben.“ Allerdings haben seit dem Wegfall des

Warschauer Paktes weltweit keineswegs liberale, friedliche Ordnungen gesiegt. Wir sind mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende der Sowjetunion nicht am Ende der Geschichte angelangt, wie der US-Politologe Francis Fukuyama 1992 meinte. Eine allumfassend friedliche Weltordnung gibt es nicht und wird es nie geben. Von solcher Illusion ließ sich nur deutsche Politik paralisieren. „In der Verteidigung Milliarden streichen und soziale Füllhörner auskippen lautete die schlichte Devise.“

Der pazifistischen Gesellschaft scheint das Verständnis für die Grundvoraussetzungen einer freiheitlichen Demokratie abhandengekommen zu sein. Deutschlands Bürger und Politiker sind maßgeblich geprägt von einem zwar moralisch hochwertigen, aber unrealistischen „Nie wieder!“

„Moderne Bundeswehr“

Die „hohe“ Politik trägt das ihre dazu bei – durch Sparorgien und durch die de-facto-Abschaffung der Wehrpflicht. Man erinnere sich: Die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung folgte am 15. Dezember 2010 dem reichlich populistischen Vorschlag von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und beendete ab dem 1. März 2011 die Einberufung von Wehrpflichtigen. Vonseiten der CDU und ihrer Kanzlerin gab es keinen Widerstand, die FDP sah einen Wunsch erfüllt. Realiter wird die Bundeswehr im Alltag kaum noch wahrgenommen. Immer weniger Soldaten zeigen sich außerhalb der Kasernen noch in Uniform. Aus Angst um die Sicherheit der Soldaten wurde – G20 Gipfel in Hamburg 2017 – sogar der Befehl erlassen, sich nicht in Uniform in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Aber auch der aktuelle Koalitionsvertrag der im Frühjahr 2018 konstituierten CDU/CSU/SPD-Bundesregierung: Wenn der Umfang einzelner Kapitel etwas aussagt über die

Vorträge und Veranstaltungen bieten oft nur einen Ausschnitt der sicherheitspolitischen Landschaft, der durch eine Berichterstattung mit Platzbeschränkungen noch weiter eingeeengt wird. In der Veranstaltung des Bayerischen Landesverbandes der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, über die hier berichtet wird, fanden z.B. eine - auch kritische - Würdigung der seit einiger Zeit gestarteten Trendwenden in der Bundeswehr oder die Maßnahmen im Zusammenhang mit der NATO-Speerspitze 2019 keinen Raum. Darüber wird in der GSP an anderer Stelle informiert.



Josef Kraus, Kolumnist, Oberstudienreferent a.D., langjähriger ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, von 1990 bis 2013 Mitglied im Beirat für Innere Führung des Bundesministers der Verteidigung

Bedeutung eines Politikfeldes, auch dann steht es schlecht um die Armee. Von 177 Seiten des Koalitionsvertrages wurden kurz vor Schluss dem Punkt „Moderne Bundeswehr“ etwas mehr als drei Seiten gewidmet!

Forderung: Einsatzbereitschaft

Die Bundeswehr braucht die Unterstützung der Gesellschaft. Heute steht die Truppe personell mehr denn je ausgedünnt da, die Motivation ist teilweise im Keller, das Material kaum einsatzfähig, die Gesamtorganisation in einem desaströsen Zustand. Der Reformeifer ließ eine Fortschrittsillusion aufkeimen, besser ist dadurch kaum etwas geworden. Tatsächlich ist die Bundeswehr mit Ausnahme einiger Bereiche, wie z.B. dem Kommando Spezialkräfte, einzelner Marine- und Heereseinheiten sowie fliegender Verbände und Unterstützungseinheiten zu einer Reformruine geworden. Die Reformen haben bisher keine zählbaren Erfolge gebracht. Was muss geschehen? Deutschland muss endlich seinem den NATO-Partnern gegebenen Versprechen, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die äußere Sicherheit, respektive die Bundeswehr, zu investieren, nachkommen und diese Mittel sinnvoll einbringen. Dieses Ziel war lange vor US-Präsident Donald Trump, der das vehement einfordert, der NATO zugesagt. Aus einem durch Präsident Trump verstärkt erwachsenen Anti-Amerikanismus heraus dieser Zusage nicht nachzukommen ist für die Sicherheit Deutschlands abträglich. Heute stehen wir bei 1,35 Prozent und sind damit nicht (mehr) in der Lage die uns zustehende und von unseren Verbündeten erwartete Rolle im Gesamtkonzert der NATO-Streitkräfte einzunehmen.

In eigener redaktioneller Verantwortung Oberst d. R. Dipl.-Ing. Dietmar Paun ist Landevorsitzender VI Bayern.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Internet: www.gsp-sipo.de, Facebook: www.facebook.com/GSPSipo; Twitter: @GSPSipo

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischer Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Warwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel@gsp-sipo.de